

KONKURRIERENDE ORDNUNGEN. RELIGION, STAAT  
UND NATION IN OSTMITTELEUROPA VON DER  
FRÜHEN NEUZEIT BIS ZUM 20. JAHRHUNDERT

Im Laufe der letzten dreißig Jahre wurde die traditionelle Kirchengeschichte in Form der modernen Religionsgeschichte grundsätzlich erneuert. Seitdem wurde eine Vielzahl von neuen Ansätzen und Fragestellungen entwickelt, wobei es bisher kaum Berührungspunkte zwischen den Forschungskonzepten und Fragestellungen von Neuzeit- und Frühneuzeithistorikern gab. Diese Trennung zu überwinden und am Beispiel der Region Ostmitteleuropa einen Dialog anzustoßen, war das erklärte Ziel der Tagung „Konkurrierende Ordnungen. Religion, Staat und Nation in Ostmitteleuropa von der Frühen Neuzeit bis zum 20. Jahrhundert“, die von vier Absolventen des Elitestudiengangs „Osteuropastudien“ der Ludwig-Maximilians-Universität München (Johannes Gleixner, Laura Hölzlwimmer, Christian Preuß, Damien Tricoire) vom 31. November bis zum 1. Dezember 2007 organisiert wurde.

In seinem Eröffnungsvortrag skizzierte Damien Tricoire (München, Paris) zunächst die Geschichte der religionsgeschichtlichen Forschung in Deutschland. Dabei zeigte er die grundsätzlichen Unterschiede im Erkenntnisinteresse von Frühneuzeit- und Neuzeithistorikern auf. Während bei den Erstgenannten die Frage nach dem Vorrang und dem Zusammenhang von staatlichen, ständischen, kommunalen oder konfessionellen Ordnungsbestrebungen im Vordergrund stehe, drehen sich die Debatten der Neuzeithistoriker vor allem um den Gegensatz zwischen konfessionellen und nichtkonfessionellen Sinnstiftungen. Als übergreifende Fragestellung, welche die beiden Richtungen im Bereich der Religionsgeschichte zusammenbringen könne, stellte Tricoire anschließend den der Tagung zugrunde liegenden Ansatz vor: die Untersuchung religiös-politischer Ordnungsvorstellungen. Als Vorzüge dieses Ansatzes benannte er zum einen die konzeptionelle Breite des Begriffs „Ordnung“, da dieser sowohl Vorstellungen als auch Institutionen fasse. Zum anderen ermögliche die Frage nach Ordnungsvorstellungen die Zusammenführung kultur-, sozial- und politikgeschichtlicher Ansätze in der Religionsgeschichte. Schließlich sei der Begriff nicht an eine Epoche gebunden, sondern konstitutiv sowohl für die Frühe Neuzeit als auch die Neuzeit. Da seine Bedeutung sich jedoch im Laufe der Zeit gewandelt habe, eröffne gerade die Frage nach Ordnungsvorstellungen die Untersuchungsperspektive einer „longue durée“.

Das erste Panel widmete sich dem Thema „Unifizierungsmodelle“. Eröffnet wurde es von Tomasz Łopatka (Wrocław/Breslau), der sich kritisch mit der in der polnischen Historiografie verbreiteten These auseinandersetzte, dass hinter den Diskussionen um eine Kirchenreform in Polen-Litauen in den 1550er Jahren der Versuch gestanden habe, eine polnische National- bzw. Landeskirche zu gründen. In einer alternativen Interpretation der Reformvorschläge Andrzej Frycz Modrzewskis kam Łopatka zu dem Schluss, dass es weder in den Schriften Modrzewskis noch in den Sejmdebatten von 1555 über die Einberufung eines Nationalkonzils zur Lösung der religiösen Konflikte im Land, Indizien für die Vorstellung von einer (polnischen) „Nation“ oder einer „National-“ bzw. „Landeskirche“ im Sinne einer „von ausländischen Zentren unabhängigen Kirche“ gebe.

Thomas Wunsch (Passau) fragte in seinem anschließenden Vortrag nach den Ursachen für das Scheitern der Unionsbemühungen zwischen orthodoxer und katholischer Kirche seit dem 15. Jahrhundert. Er vertrat die These, dass einer der wesentlichen Gründe dafür im uniformitaristischen Unionsverständnis der katholischen Kirche zu sehen sei, wie es um 1500 Johannes Sacranus von Auschwitz formulierte.

Im zweiten Panel ging es um „Strategien im Management religiöser Heterogenität“. Martin Faber (Freiburg) befasste sich in seinem kontrovers diskutierten Beitrag mit der Haltung der polnischen Szlachta zu Religion und religiöser Toleranz seit dem 16. Jahrhundert. Die staatliche Garantie religiöser Toleranz von 1573 ebenso wie die Zunahme freiwilliger Rückkonversionen protestantischer Adliger in den folgenden Jahrzehnten waren seiner These zufolge allein politisch motiviert – der in Protestanten und Katholiken gesplante polnische Adel versuchte in Zeiten politischer Krisen die Einigkeit des Standes als Grundlage der staatlichen Ordnung zu bewahren, um die eigenen Privilegien zu retten. Dieses Bedürfnis nach Einigkeit erkläre, so Faber, auch die bis ins 18. Jahrhundert zunehmende religiöse Intoleranz in Polen-Litauen.

Yvonne Kleinmann (Berlin) behandelte die Beziehung zwischen religiösen und rechtlichen Ordnungssystemen am Beispiel des Latifundiums Rzeszów im späten 17. und frühen 18. Jahrhundert. Hierbei ging sie von der These aus, dass Religionen und Grundherrschaft im genannten Zeitraum in Polen-Litauen nicht konkurrierende Ordnungen, sondern sich wechselseitig stützende Systeme waren. Die Formen, in denen verschiedene ständisch und religiös gebundene Rechtsformen koexistierten, konkurrierten und kooperierten, schilderte sie anhand ausgewählter Fallbeispiele aus der Rzeszówer Gerichtspraxis. In der anschließenden Diskussion wertete Kleinmann die bisherigen Ergebnisse ihrer mikrohistorischen Untersuchung als ein Beispiel „existentieller Toleranz“, die in erster Linie auf politische Interessen des Grundherrn, beispielsweise innerhalb der Peuplierungspolitik, zurückzuführen sei.

Das erste Panel des zweiten Konferenztags stand unter dem Thema „Heiligenpatronat und Patriotismus“. In seinem Vortrag befasste sich Jiří Mikulec (Prag) mit der Bedeutung des Kultes um den Heiligen Wenzel sowie des neu entstehenden Marienkultes für die Konstruktion eines katholisch geprägten böhmischen Patriotismus im 17. Jahrhundert. Jaroslav Šebek (Prag) schloss an das Thema seines Vordrers an: Er skizzierte die sich wandelnde, teilweise komplementäre Auslegung und Instrumentalisierung der religiösen Kulte um den Heiligen Wenzel und Johannes Hus durch verschiedene politische und ideologische Lager in den böhmischen Ländern vom 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts.

In seinem Kommentar warf Martin Zückert (München) anschließend die Frage nach den Akteuren bei der Ausbildung des Marienpatronats und ihrer Funktion als Träger der Identitätspolitik auf. In der folgenden Diskussion verwies Damien Tricoire darauf, dass entgegen der Praxis in den Nachbarstaaten der Marienkult in Böhmen nicht durch die politischen Eliten induziert worden sei, sondern von Klerikern getragen wurde.

Das vierte Panel mit dem Thema „Nationale Religionen, religiöse Nationen: nationale Konfessionskulturen“ leitete Thomas Bohn (München) mit einem Beitrag über die bulgarischen Freiheitsdiskurse von der Mitte des 18. bis in das letzte Drittel

des 19. Jahrhunderts ein. In seiner Skizze der Entwicklungsphasen der „nationalen Wiedergeburt“ von der nostalgischen Romantik Paisij Chilenarskijs zum militanten Nationalismus Vasil Levskis machte er deutlich, dass das Streben der bulgarischen Kirche nach Unabhängigkeit nicht nur als Ausgangspunkt für die Entstehung eines Nationalbewusstseins, sondern darüber hinaus als Wegbereiter der Eigenstaatlichkeit gelten könne.

Unter dem Titel „Katholische Konfessionskulturen in Polen: Ein Vergleich von Ordnungsvorstellungen in der zweiten Hälfte des 17. (1648-1721) und der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1848-1921)“ unternahm Hans-Jürgen Bömelburg (Gießen) einen diachronen Vergleich katholischer Ordnungsvorstellungen in Polen in der Frühen Neuzeit und der Moderne. Er gelangte zu dem Fazit, dass diese sich in beiden Epochen nach einem vergleichbaren Schema verbreitet hätten. Die Entwicklungsprozesse waren jeweils international induziert, erhielten ihre spezifische Durchsetzungskraft jedoch erst durch die nationalkonfessionelle Formierung. Während in der Frühen Neuzeit von einer Spätkonfessionalisierung der Eliten gesprochen werden könne, entstammten die Trägerschichten der Rekatholisierung im 19. Jahrhundert überwiegend der kirchlichen Hierarchie und wandten sich explizit an die einfachen Menschen.

Das fünfte Panel galt „Deutungskonkurrenzen: Nation und Religion unter kommunistischer Herrschaft“. Eröffnet wurde es durch Gregor Feindt (Bonn), der den so genannten Millenniumskonflikt darstellte, also die Auseinandersetzungen zwischen katholischer Kirche und kommunistischer Staatsmacht in den Jahren 1965/66 anlässlich der Feiern zum tausendjährigen Jubiläum der Taufe Polens bzw. der polnischen Staatlichkeit. Daran anschließend unternahm Árpád von Klimó (Berlin) eine ikonografische und inhaltliche Analyse der nationalistischen und politischen Instrumentalisierung des Marienkultes in der nationalkatholischen Kampagne Kardinal József Mindszenty in Ungarn in den Jahren 1945-1948, die ebenfalls in Opposition zum sich etablierenden kommunistischen Staat konzipiert war. In ihrem Kommentar wies Laura Hölzlwimmer (München) darauf hin, dass in den geschilderten Auseinandersetzungen zwischen katholischer Kirche und kommunistischer Partei in beiden Fällen auch eine gewisse Spannung zwischen Universal- und Nationalkirche offenbar werde; so waren die kirchlichen Akteure in beiden Ländern gezwungen, in ihren Entscheidungen und Handlungen den beiden Bezugsebenen „Rom – Nation“ Rechnung zu tragen.

In seinem gelungenen, die Ergebnisse zusammenführenden Schlusskommentar hob Arno Strohmeier (Salzburg) hervor, dass der diachrone Forschungsansatz, wie in den Diskussionen deutlich geworden sei, sich als zielführend erwiesen habe. Er verwies jedoch auch auf die Schwierigkeiten eines interepochalen Vergleichs. So blieben die übergreifenden, miteinander verflochtenen Ordnungskategorien Religion, Nation und Staat aufgrund ihres sich im Laufe der Jahrhunderte wandelnden Verständnisses schwer greifbar. Die These Olaf Blaschkes vom „zweiten konfessionellen Zeitalter“, die zuvor in den Diskussionen problematisiert worden war, lehnte er in Bezug auf die betrachteten Regionen und Epochen ab; dieses Konzept sei spezifisch auf den deutschen Kontext bezogen. Des Weiteren betonte er, dass bei der Frage nach „konkurrierenden Ordnungen“ auch Formen und Praktiken der

Kooperation nicht vernachlässigt werden dürften. Abschließend skizzierte Strohmeier Perspektiven für die Forschung. Er schlug die Betrachtung überregionaler Phänomene wie des Marienpatronats als Möglichkeit vor, die Geschichte Ostmitteleuropas in einer Europäischen Geschichte zu verorten. Zudem argumentierte er, dass „Ordnung“ als Schlüsselbegriff zur Erschließung sozial-politischer Realitäten einer genaueren Definition bedürfe und es außerdem notwendig sei, das jeweils zeitgenössische Verständnis des Begriffs in die Untersuchungen zu integrieren. In der abschließenden Diskussion wurde die starke Konzentration der Konferenz auf die katholische Kirche kritisiert, ein Manko, das in der weiteren Debatte zum Thema noch auszugleichen sei. Einigkeit herrschte auch darin, dass die Diskussion über Ordnungsvorstellungen von der Frühen Neuzeit bis zur Neuzeit gerade erst am Anfang stünde und weiterer Auseinandersetzungen bedürfe, zu denen die angeregten und anregenden Debatten der Tagung einen ersten Schritt darstellten.

Auch wenn die meisten Beiträge sich auf eine der thematisierten Epochen konzentrierten, so haben die teilweise sehr kontroversen Diskussionen doch gezeigt, dass die übergeordnete Fragestellung das Potenzial für eine Auseinandersetzung zwischen Neuzeit- und Frühneuzeithistorikern besitzt. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die im Rahmen der Tagung erfolgten Ansätze einer epochenübergreifenden Betrachtung von religionsgeschichtlichen Fragestellungen in konkreten Projekten fortgesetzt werden.

Die Konferenz wurde unterstützt vom Elitestudiengang „Osteuropastudien“ der Ludwig-Maximilians-Universität München. Die Beiträge werden voraussichtlich in einem Sammelband veröffentlicht, dessen Erscheinen für 2009 geplant ist.